

Grünberger Wochenblatt.

Zeitung für Stadt und Land.

Dieses Blatt erscheint in einer regelmäßigen Auflage von 5700 Exemplaren.

Erscheint wöchentlich drei Mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis in der Expedition 50 Pf., in den Commanditen 60 Pf., durch den Colporteur ins Haus gebracht 60 Pf., bei der Post 65 Pf., durch den Briefträger oder Landboten 90 Pf.

Dieses Blatt erscheint in einer regelmäßigen Auflage von 5700 Exemplaren.

Zum Programm-Entwurf der Freisinnigen Volkspartei.

Der in der vorigen Nummer veröffentlichte Programm-Entwurf ist, wie bereits gemeldet, laut Beschluß des vorjährigen Parteitages durch den Centralausschuß der Partei als Vorlage für den am 22. September d. J. in Eisenach zusammen tretenden Parteitag ausgearbeitet worden. Der Centralausschuß der Partei, bestehend aus den parlamentarischen Mitgliedern und den Vorsitzenden der Bezirksverbände der Partei, trat am 18. Februar in Berlin zusammen und wählte zur Vorberatung des Programm-Entwurfs eine Commission, bestehend aus dem Abg. Buddeberg, Abg. Hugo Hermes, Dr. Max Hirsch, Abg. Lenzmann, Abg. Dr. Müller (Sagan), Abg. Eugen Richter, Abg. Schmidt (Eberfeld), Abg. Dr. Schneider (Nordhausen) und Abg. Dr. Birchow.

Unter Berücksichtigung zahlreicher Vorschläge einzelner Verbände, Vereine und Parteigenossen wurde alsdann in den parlamentarischen Osterferien ein Entwurf ausgearbeitet als Grundlage für die im April begonnenen Verhandlungen der Programm-Commission und der vereinigten Fractionen des Reichstags und Landtags. Der überaus frühe Schluß der Reichstags-session (19 April) erschwerte den Abschluß der Verhandlungen, weil nunmehr zu denselben die auswärtigen Reichstagsabgeordneten nach Berlin besonders einberufen werden mußten. Die vereinigten Fractionen haben zuletzt am 26. und 27. Mai den Entwurf beraten und hat darauf die Programm-Commission am 1. Juli die Verhandlungen abgeschlossen. Sehr eingehende Beratungen über die einzelnen Theile des Entwurfs haben fast in allen Punkten ohne Abstimmung zu einer vollständigen Einigung geführt. Gegen den Entwurf im Ganzen ist ein Widerspruch nicht erhoben worden.

Für die Veröffentlichung des Entwurfs hatte der Centralausschuß das Ende der Sommerferien der Parteivereine und den Zeitpunkt des Beginns der neuen politischen Saison, Ende August, vorgesehen. Die Programm-Commission hat am 1. Juli diesen Zeitpunkt auf den 20. August fixirt, womit der Besprechung des Entwurfs in engeren Kreisen bis zum Parteitag ein fünfwöchentlicher Zeitraum gewährt ist.

Im Gegensatz zu dem Programm der Freisinnigen Partei von 1884 beschränkt sich der Entwurf nicht auf Forderungen für die Reichsgesetzgebung, sondern formulirt auch gemeinsame Aufgaben für die Gesetzgebung der Einzelstaaten und die Thätigkeit in Communalverbänden. Eine Ergänzung der Forderungen nach Besonderheiten der einzelnen Staaten und Gemeinwesen ist dabei ausdrücklich vorbehalten worden. Der Entwurf unterscheidet sich auch dadurch von früheren Programmen, daß er zur Verwirklichung seiner Forderungen nicht bloß auf die Gesetzgebung und auf andere staatliche und communale Machtmittel hinweist, sondern auch an die Selbsthilfe, insbesondere in freien Vereinigungen, appellirt.

Entsprechend vielfach geäußerten Wünschen ist das Programm weit mehr specialisirt, als dies früher der Fall war. Darin noch weiter zu geben, verbietet sich in Anbetracht des Umstandes, daß ein Parteiprogramm nicht die Aufgabe haben kann, zu sämtlichen Zeit- und Streitfragen der Gegenwart Stellung zu nehmen. Ein Parteiprogramm soll nur für einen längeren Zeitabschnitt dasjenige zusammenfassen, was im Wesentlichen den praktischen politischen Bestrebungen aller Parteigenossen ohne Ausnahme gemeinsam ist, der Art, daß eine davon abweichende politische Richtung von der Zugehörigkeit zur Partei ausschließt. Es werden deshalb aus Parteiprogrammen von vornherein ausgeschlossen, erstens alle Fragen, die nur ein vorübergehendes politisches Interesse haben, zweitens Fragen, die in absehbarer Zeit überhaupt irgend eine praktische Bedeutung nicht gewinnen oder doch nicht genügend klar formulirt sind oder Probleme aufwerfen, deren Lösung der Zukunft vorbehalten bleiben muß, drittens solche Fragen, hinsichtlich deren innerhalb der Partei eine völlige Uebereinstimmung noch nicht erzielt ist. Ein politisches Parteiprogramm soll nicht trennen und spalten, sondern bezweckt, eine möglichst große Zahl von Gesinnungsverwandten zusammenzufassen zu derselben politischen Arbeit, welche für die nächste Zeit als ein unmittelbares praktisches Bedürfnis für das Wohl des Volkes angesehen werden muß.

Der sich zur Freisinnigen Vereinigung bekennende „Berliner Börsen-Courier“ bemerkt das Folgende: „Man wird dem Entwurf die Anerkennung großer Geschicklichkeit nicht versagen können. Er ist dazu angethan, die Grundlage einer Verständigung für alle Liberalen zu bilden. Freilich erhält auch das beste Programm seine Bedeutung erst durch die praktische Anwendung, die man davon macht.“

Das „Berliner Tageblatt“, welches gleichfalls auf dem Boden der Freisinnigen Vereinigung steht, bezeichnet den Entwurf als nichtsliegend und ideenlos; das Gute darin sei nicht neu, und das Neue nicht gut. Das erwähnte Blatt übt dann an einzelnen Punkten Kritik, die sich indeß mehr gegen die Fassung des Entwurfs, als gegen die Programmpunkte selbst richtet.

Die „Liberale Correspondenz“, das Organ des Herrn Richter, äußert sich wie folgt: „Der Entwurf eines neuen Programms der Freisinnigen Volkspartei ist heute veröffentlicht worden. Die in sechs Artikeln zusammengefaßten Forderungen für freiheitliche Ausbildung des Gemeinwesens, Förderung der Volksbildung und der Wohlfahrt der Familie, Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesamtheit und der Einzelnen, Verteilung der öffentlichen Lasten und endlich Unterstützung der internationalen Friedensbestrebungen zeigen wieder, daß die Anschauungen und Ziele der Liberalen aller Parteischattirungen die gleichen sind. Wir haben bei einer allerdings etwas eiligen Prüfung keine Forderungen entdeckt, die nicht jeder wirklich liberale Mann unterschreiben könnte.“

Die „Bosnische Zeitung“, welche auch im Wesentlichen auf dem Standpunkt der Freisinnigen Vereinigung steht, es sich aber zur Aufgabe zu stellen scheint, zwischen beiden freisinnigen Parteien zu vermitteln, schreibt: „Der Programm-Entwurf ist im Ganzen sehr maßvoll gehalten. In seinen Hauptgedanken wird er in allen liberalen Kreisen auf Billigung rechnen können. Auch solche Wähler, die sich nicht in allen Einzelheiten mit dem Vorgehen der Freisinnigen Volkspartei einverstanden erklären, werden mit voller Ueberzeugung dem Programm beitreten können. Das Programm hebt in glücklicher Weise diejenigen Punkte hervor, in denen nicht bloß die Anhänger der Freisinnigen Vereinigung, sondern auch viele Nationalliberale, so weit sie wirklich diesen Namen verdienen, den Ausdruck ihrer politischen Ueberzeugungen und Bestrebungen haben. Es wäre nicht der kleinste Gewinn des Entwurfs, wenn er dazu beitrüge, diese in Einzelheiten auseinandergehenden, in der Gesamttrichtung aber zusammengehörigen Parteien einander wieder anzunähern und wenigstens, wo Gefahr an den Mann tritt, zu einer geschlossenen Schlachtreihe zusammenschließen. Dabin muß ja doch das Streben jedes liberalen Mannes geben, der reactionären wie der revolutionären Masse eine geschlossene Einheit entgegenzusetzen, die die Errungenschaften unserer Cultur zu verteidigen und zugleich im Sinne einer freiheitlichen Weltanschauung weiter zu entwickeln sucht. Dabei fehlt es dem Entwurf nicht an Entschiedenheit. In vielen Punkten findet er kurz und glücklich den rechten Ausdruck für das, was alle Liberalen fühlen, und legt den Finger auf die brennendsten Wunden. Diese Anerkennung soll den Beratern des Entwurfs nicht vorenthalten werden. In Einzelheiten wird es freilich an Meinungsverschiedenheiten nicht fehlen. Vielleicht hätten auf sozialem Gebiete noch manche Wünsche berücksichtigt werden können. Auf dem linken Flügel der Partei wird gerade in dieser Richtung der Entwurf einige Enttäuschung hervorrufen. Man hatte hier eine stärkere Betonung der sozialen Thätigkeit der Partei erwartet und gefordert. Indessen wird nicht vergessen werden dürfen, daß es sich hierbei nur um einen Entwurf handelt, der noch verbesserungsfähig ist. Der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei in Eisenach wird berufen sein, über den Entwurf zu beschließen und ihn, so weit es wünschenswert erscheint, zu vervollkommen.“ — Dasselbe Blatt spricht in einem zweiten Artikel die Erwartung aus, daß das neue Programm sich als Sammelpunkt der Liberalen erweisen werde. Es sei für die Partei von großem Werthe, eine Richtschnur zu haben, nach der sie im gegebenen Falle zu handeln hat. Es sei zu wünschen, daß dieses Programm dem Liberalismus eine neue werbende Kraft verleibe.

Die auf dem äußersten linken Flügel der Freisinnigen Volkspartei stehende „Berliner Zeitung“ erklärt, „daß mit dem Inhalt an sachlichen Forderungen

die der Partei gestellten Aufgaben in der Hauptsache richtig gezeichnet erscheinen. Dem alten Programm der Fortschrittspartei von 1878 gegenüber und gegenüber dem der Deutschen Freisinnigen Partei von 1884 bezeichnet das neue Programm einen großen Fortschritt. Es ist im Allgemeinen schärfer, zielbewußter in den politischen Forderungen, und es ist in socialpolitischer Beziehung von einem fortschrittlichen Geiste durchweht, wie er in der Partei neuerdings erst lebhafter zu Tage getreten ist und den veränderten Bedingungen der Volkswohlfahrt und der ihr dienenden politischen Arbeit entspricht.“ In Bezug auf Einzelheiten wünscht das genannte Blatt allerdings mehrfache Abänderungen, indeß keine solchen principieller Natur.

Die radicale „Volks-Zeitung“ erkennt ein principiell entgegenkommen auf socialpolitischem Gebiete an, erklärt aber, daß man auf diesem Wege entschiedener vorgehen müsse.

Die große Mehrzahl der freisinnigen Provinzialblätter giebt ihre Zustimmung zu dem Entwurf zu erkennen.

Die Presse der Gegenparteien beurtheilt den Entwurf natürlich abfällig. Selbst die „National-Zeitung“, welche den linken Flügel der nationalliberalen Partei vertritt, will nichts wissen von der Ausdehnung des Reichstagswahlrechtes auf die Einzelstaaten, von der Forderung der Rückkehr zu dreijährigen Wahlperioden und von der Forderung der reichsgerichtlichen Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes auf freiheitlicher Grundlage.

Tagesereignisse.

— Der Kaiser empfing am Sonntag im Neuen Palais den neu ernannten serbischen außerordentlichen Gesandten Milan Bogitchewitsch in Audienz und nahm dessen Beglaubigungsschreiben entgegen. Später wurde der serbische Gesandte auch von der Kaiserin empfangen. Am Montag nahm der Kaiser Vorträge entgegen. Gestern begab sich derselbe nach dem Kammersdorfer Schießplatze.

— Prinz Heinrich ist zum Commandanten des Panzerschiffes „Wdrth“ ernannt worden.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht an leitender Stelle eine Zuschrift, in welcher dargelegt wird, daß das Versammlungs- und das Wahlrecht die Socialdemokratie groß gemacht habe, und die Forderung erhoben wird, alle Nichtwahlberechtigten von Versammlungen auszuschließen und nur „wirtschaftlich Selbstständigen“, welche das 25. Lebensjahr erreicht haben, das Wahlrecht zu verleihen. Durch „Ausschluß bisheriger Wähler in nicht ganz geringem Umfange“ soll das „Wahlrechtsbewußtsein gereinigt“ werden. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt zwar, daß sie nicht in allen Punkten den Artikel unterschreiben wolle; sie würde ihn aber nicht als Leitartikel bringen, wenn sie nicht doch im Wesentlichen damit einverstanden wäre. Das ist um so bemerkenswerth, als es sich hierbei um ein Mittel an der Verfassung handelt.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte kürzlich ein neues allgemeines Cartell gegen die Socialdemokratie in Vorschlag gebracht. Darauf erwidert die „Kreuzzeitung“: „Wir lehnen jedes Cartell, wie weit oder eng es auch gedacht ist, für die Zukunft mit aller Bestimmtheit ab. Wo nun das Cartell sein Cartell zusammen suchen will, mag seine Sorge sein; geneigt dazu dürften nur die Freiconservativen und ein Theil der Nationalliberalen sein: eben nur die, welche parteipolitisch dabei zu gewinnen hoffen. Ob die Cartellschwärmer zu jenen Leuten zählen, die „nichts lernen und nichts vergessen“, wissen wir nicht; aber wir wissen, daß die Verhältnisse und Zeiten sich ändern, und zugleich haben wir aus früheren Cartellversuchen manche politische Lehren gezogen. Jedenfalls war es schwierig, einen unzeitgemäheren Vorschlag zu machen als gerade diesen.“

— Die Zusammenziehung der Flotte für die vom 13. bis 20. September stattfindenden Kaisermandver geschieht nicht, wie geplant war, in Neufahrwasser, sondern an einem anderen, noch zu bestimmenden Punkte der Ostsee.

— Die Bischofsconferenz wurde gestern früh in Fulda mit einer Andacht in der Bonifaciusgruft eröffnet. An der Conferenz nehmen der Erzbischof von Köln, der katholische Feldpropst Bischof Almann, sowie die Bischöfe von Baderborn, Hildesheim, Münster,

